

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	10.1	Stadtverordnetenversammlung	13.07.2023	191/2023	Antrag der SPD-Fraktion auf Prüfung der Einführung einer Bürger-App	

<u>Beschluss</u>	Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, 1. den Magistrat zu beauftragen, die Einführung einer Bürger-App zu prüfen und baldmöglichst der Stadtverordnetenversammlung hierzu ein Ergebnis vorzulegen. Bei der Prüfung sind diverse Anbieter solcher Apps, u.a. Crossiety und die ekom, zu berücksichtigen. 2. der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, ob Fördermöglichkeiten für die Anschaffung und Installation bestehen. 3. der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, inwieweit die Bürger-App geeignet ist, die Digitalisierung des Rathauses in Richtung Bürger zu unterstützen (z.B. Nutzung von Bürgerservices via App). 4. der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, in diesem Zusammenhang die städtische Homepage soweit zu modernisieren/zu aktualisieren, dass z.B. die Möglichkeit, dass Vereine selbstständig Veranstaltungstermine einstellen, niederschwelliger gestaltet werden könne. Auch müsse geprüft/geklärt werden, wie die Haftungsfrage aussehe, wenn die Stadt als Betreiber einer App auftrete. 5. den Magistrat zu beauftragen, den Seniorenbeirat zu bitten, mit den großen Vereinen in der Stadt über das Thema Sinnhaftigkeit und Nutzen einer App zu sprechen.					30.09.2026
						☐

<u>Antwort der Verwaltung</u>	Zwischeninformation Juni 2024: Die Ekom21 ist aktuell mit der Entwicklung einer App beschäftigt. Diese kann dann auch mit sämtlichen Systemen der Stadtverwaltung sowie der Homepage verbunden werden. Dadurch kann die doppelte Erstellung von Informationen und die Pflege von zwei unterschiedlichen Systemen entfallen. Der Seniorenbeirat hat zu mehreren Terminen mit den großen Neu-Anspacher Vereinen eingeladen, die Resonanz von den Vereinen war nicht groß. Zwischeninformation September 2024 siehe TOP 2.2, StaV-Sitzung vom 19.09.2024 Zwischeninformation Juni 2026 Seitens der Ekom21 gibt es keine neuen Informationen zur Einführung einer Bürger-App					
--------------------------------------	--	--	--	--	--	--

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	65	Stadtverordnetenversammlung	07.11.2024	251/2024	Antrag der CDU-Fraktion bzgl. Umrüstung der Gehweg-Beleuchtung	

<u>Beschluss</u>	Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, über die erfolgte Umrüstung der Gehweg-Beleuchtung über Bewegungsmelder im Grundweg zu berichten: In welcher Höhe belaufen sich die Kosten für die Umrüstung? Gibt es bereits Erfahrungswerte/Rückmeldung aus der Bevölkerung? Kann die Energie-Einsparung bereits abgeschätzt werden? Darüber hinaus möge der Magistrat prüfen, ob es weitere Gehwege gibt, die auf gleiche Weise umgerüstet werden könnten, welche Kosten dafür entstehen und welche Energie-Ersparnis sich dabei ergibt.					30.09.2026
						☐

<u>Antwort der Verwaltung</u>	Zwischeninformation April 2025: Die Prüfung bezgl. der Einrichtung weiterer Wege, wie z.B. der Verbindungsweg Hausen-Arnsbach nach Rod am Berg, ist aktuell in Bearbeitung.					
--------------------------------------	---	--	--	--	--	--

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	65	Stadtverordnetenversammlung	18.09.2025		Anfragen und Anregungen	

Beschluss

Stadtverordnete Regina Schirner fragt bzw. liest den Spruch unterhalb des Tisches des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung („Suchet der Stadt Bestes!“) und stellt dazu die Nachfrage, was aus dem Antrag geworden ist, den Spruch am Rathaus anzubringen. Das wurde damals so beschlossen, dass es geprüft wird, wie und wo es am Rathaus angebracht werden kann. Sie habe das Protokoll zu dieser Stadtverordnetenversammlung gesucht, aber das existiere leider noch nicht.

30.09.2026

☐

Antwort der Verwaltung

Zwischeninformation März 2026
Das Protokoll zur Sitzung vom 04.07.2024, worin der ursprüngliche Antrag beschlossen wurde, liegt jetzt vor

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	10.1	Stadtverordnetenversammlung	25.06.2026	151/2026	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Anpassung der „Liste offener Punkte / Beschlusskontrolle“	

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die „Liste offener Punkte / Beschlusskontrolle“ dahingehend anzupassen, dass
1.tatsächlich alle Punkte aufgeführt werden, zu denen von der Stadtverordnetenversammlung oder ggf. in Ausnahmefällen von einem Fachausschuss ein Beschluss gefasst wurde und mit deren Bearbeitung entweder noch nicht begonnen wurde oder deren Bearbeitung noch nicht abgeschlossen wurde,
2.entsprechende Punkte rückwirkend für die letzten 10 Jahre aufgeführt werden, eine Ergänzung von länger zurückliegenden Beschlüssen ist darüber hinaus auch auf Hinweis möglich,
3.zukünftig regelmäßig Zwischenstände über den aktuellen Bearbeitungsstand eingetragen werden,
4.zukünftig die erledigten Punkte in einem separaten Teil der Übersicht aufgeführt werden mit Datum, wann und mit welchem Ergebnis sie erledigt wurden,
5.diese Anpassung für den Zeitraum 2023 – 2026 bis zu den Haushaltsberatungen 2026 und für den Zeitraum 2016 – 2023 sukzessive rückwirkend erfolgt.

05.12.2026

☐

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	10.3	Stadtverordnetenversammlung	25.06.2026	156/2026	Antrag der FDP-Fraktion auf Weiterentwicklung des Beteiligungsberichts der Stadt Neu-Anspach	

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Informationsgehalt des Beteiligungsberichts der Stadt Neu-Anspach im Sinne einer größeren Transparenz und einer verbesserten politischen Steuerungsfähigkeit weiterzuentwickeln.Künftige Beteiligungsberichte der Stadt Neu-Anspach sollen hinsichtlich der Beteiligung an der „Leben und Wohnen im Taunus GmbH“ um eine tabellarische Übersicht ergänzt werden, die aktive und geplante Projekte mit Projektbeschreibung, Standort, Aufwandsschätzung und erwartetem gesellschaftlichem Nutzen darstellt. Darüber hinaus sollen Aussagen unter „Aussichten/Chancen/Risiken“ stärker orts- und sachbezogen formuliert werden, damit Entwicklungen und Auswirkungen frühzeitig nachvollziehbar eingeordnet werden können.Weiter wird beschlossen, einmal im Jahr den Geschäftsführer der „Leben und Wohnen im Taunus GmbH“ für einen Austausch in den Bauausschuss einzuladen sowie regelmäßig im Haupt- und Finanzausschuss einen Bericht der städtischen Vertreterin des Magistrats aus der Gesellschafterversammlung der „Leben und Wohnen im Taunus GmbH“ zu bekommen.

30.09.2026

☐

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	32	Stadtverordnetenversammlung	25.06.2026	143/2026	Antrag der CDU-Fraktion auf Teilnahme der Stadt Neu-Anspach am neuen Landesprogramm "KOMPASS Resilienz"	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, die Teilnahme der Stadt Neu-Anspach am neuen Landesprogramm „KOMPASS Resilienz“ in die Wege zu leiten, um Bevölkerungsschutz und Gefahrenabwehr bestmöglich voranzutreiben.

30.09.2026



**Antwort der
Verwaltung**

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	51	Stadtverordnetenversammlung	25.06.2026	155/2026	Antrag der FWG-UBN-Fraktion auf Überprüfung und Fortschreibung des bestehenden Kindergartenbedarfsplans	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den bestehenden Kindergartenbedarfsplan zu überprüfen und auf Grundlage der aktuellen Bevölkerungs- und Geburtenentwicklung fortzuschreiben. Der Magistrat wird beauftragt, einen entsprechend aktualisierten Bedarfsplan vorzulegen.

10.09.2026



**Antwort der
Verwaltung**

siehe Sozialausschuss vom 25.08.2026
TOP 4.1, Mitteilung 175/2026

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	25.06.2026	159/2026	Antrag der SPD-Fraktion auf Vorbereitung einer öffentlichen Sondersitzung des Bauausschusses	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat aufzufordern,
1) unmittelbar nach den Sommerferien eine öffentliche Sondersitzung des Bauausschusses vorzubereiten, in der Auskunft über den Sachstand und die Kommunikation mit den Projektverantwortlichen hinsichtlich folgender Bauprojekte gegeben werden sollen:

15.09.2026



Hochtaunusstift
Westerfeld-West
Neue Mitte / REWE / Feldbergcenter
Gewerbegebiet Wenzelholz
Hochwasserschutz Westerfeld

2) fortlaufend im Bauausschuss schriftlich über den Sachstand zu diesen Projekten im Rahmen eines Berichtswesens zu informieren.

**Antwort der
Verwaltung**

Die Sondersitzung des Bauausschusses findet am Dienstag, 15.09.2026, 20:00 Uhr, statt.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	25.06.2026	118/2026	Zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Prüfung auf Errichtung von 30 Wohnungen auf dem Grundstück Eppsteiner Weg	

(derzeitiger Spielplatz)
-Beschlussfassung

Beschluss	Die Stadtverordnetenversammlung beschließt 1. die Vorlage „Bebauung Eppsteiner Weg“ soll nach einem Jahr erneut zur Beratung vorgelegt werden, 2. bis dahin soll abschließend geprüft sein, was konkret geht und was nicht, nicht nur mit Investoren, sondern mit allen möglichen Beteiligten, 3. alles soll schriftlich festgehalten werden, 4. der Beschluss ist in die Liste der offenen Punkte der Stadtverordnetenversammlung aufzunehmen, 5. den Geschäftsführer der Leben & Wohnen im Taunus GmbH in die nächste Sitzung des Bauausschusses einzuladen, spätestens in eine der nächsten Sitzungen in diesem Jahr, 6. die Aufnahme der Fragen aus dem Schreiben der Anwohnerin vom 10.06.2026 in diese Jahresdokumentation.	30.06.2027	☐
------------------	---	------------	--------------------------

Antwort der Verwaltung	Der Geschäftsführer der Leben & Wohnen im Taunus GmbH wurde in die Sitzung des Bauausschusses am 26.08.2026 eingeladen. Für weitere Details wird auf das Protokoll verwiesen.		
-------------------------------	---	--	--

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	65	Stadtverordnetenversammlung	25.06.2026	160/2026	Antrag der b-now-Fraktion auf Aktualisierung des "Zustandsberichts Straßenunterhaltung der Stadt Neu-Anspach"	

Beschluss	Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den vorliegenden Antrag zur weiteren Bearbeitung in den Bauausschuss zu verweisen.	10.09.2026	
Antwort der Verwaltung	siehe Bauausschuss vom 26.08.2026 TOP 4.2, Mitteilung 187/2026		☐

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	65	Stadtverordnetenversammlung	25.06.2026	145/2026	Antrag der CDU-Fraktion auf Umrüstung der gesamten Neu-Anspacher Straßenbeleuchtung auf LED-Leuchten	

Beschluss	Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu bitten, die Umrüstung der gesamten Neu-Anspacher Straßenbeleuchtung auf LED-Leuchten voranzutreiben. Hiervor sind unter Berücksichtigung einer Lichttemperatur von 3000 Kelvin zunächst die Kosten zu ermitteln. Anschließend ist eine Wirtschaftlichkeitsberechnung auf Grundlage möglicher Fördergelder sowie erwarteter Energiekostensparnis der Stadtverordnetenversammlung, spätestens zu den Haushaltsplanberatungen 2027 zur Beratung und abschließenden Entscheidung über die Umsetzung vorzulegen.	30.09.2026	☐
------------------	--	------------	--------------------------

Antwort der Verwaltung			
-------------------------------	--	--	--